

Zeile	Leitantrag F: Gesellschaftspolitik	
1	<u>Sozialpolitik</u>	
2		
3	Kindergeld	
4	Die Regelungen für Kindergeld werden immer komplizierter und ungerechter. Während auch	
5	(Einkommens-) Millionär/-innen Anspruch auf Kindergeld haben, werden Hartz IV-Empfänger/-	
6	innen die Leistungen vom Anspruch abgezogen. Das Kindergeld in seiner jetzigen Form trifft den	
7	Zweck der Unterstützung von Familien mit Kindern immer weniger. Der Anteil der Kinder, die in	
8	Armut leben, wächst in Deutschland. Daher sind die Regelungen zum Kindergeld zu überarbeiten.	
9	Die IG Metall Jugend möchte deswegen eine Debatte um ein „Existenzgeld für Kinder“ anstoßen.	
10	Kinder und junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung sind in unserer	
11	leistungsorientierten Gesellschaft stark armutsgefährdet und werden, wenn sie nicht ausreichende	
12	Unterstützung durch die Gesellschaft bekommen, ins soziale Abseits gedrängt. Ihre Bedürfnisse	
13	müssen daher von der Gesellschaft gedeckt werden, wenn dies den Eltern nicht möglich ist. Die	
14	Regelungen müssen den individuellen Bedürfnissen angepasst werden und eine vollwertige	
15	Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und Ausbildung sicherstellen.	
16		
17	Hartz IV	
18	2,7 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren müssen von Hartz IV leben. Das heißt für viele:	
19	Entbehrungen, Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben und kaum Möglichkeiten der	
20	individuellen Entwicklung. Außerdem sind sie von verschärften Zumutbarkeitsregelungen	
21	besonders betroffen. Die Situation junger Menschen, die Hartz IV beziehen, muss von der IG	
22	Metall noch stärker thematisiert und in den öffentlichen Diskurs eingebracht werden.	
23		
24	Alterssicherung	
25	Wir lehnen als IG Metall Jugend die Alterssicherungspolitik der aktuellen Regierung ab und setzen	
26	dem unsozialen Kahlschlägen das Konzept Beschäftigungsbrücke entgegen: Ältere	
27	Arbeitnehmer/-innen sollen nach 40 Versicherungsjahren ab dem 60. Lebensjahr ohne Abschläge	
28	in Rente gehen können – zugunsten von jüngeren Arbeitnehmern. Wir fordern die Rücknahme der	
29	Anhebung der Regelaltersgrenzen auf 67 Jahre. Die auslaufende öffentliche Förderung der	
30	Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit soll fortgesetzt werden.	
31		
32	Wir sehen die Schwierigkeiten in der Finanzierung der Rentenversicherung und fordern deswegen	
33	die solidarische Erwerbstätigenversicherung: schrittweise sollen alle Erwerbstätigen, unter	

34	anderem Selbstständige, Freiberufler/-innen, Beamte und Parlamentarier/-innen einbezogen	
35	werden.	
36		
37	Krankenversicherung	
38	Wir fordern eine paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, sowie die	
39	langfristige finanzielle Sicherung des Systems über den Umbau in eine Bürgerversicherung.	
40		
41	Die gesetzliche Krankenversicherung ist eine wichtige Säule unseres Sozialstaats. Die	
42	paritätische Finanzierung, das heißt die Finanzierung zu gleichen Teilen zwischen den	
43	Arbeitgebern und den Arbeitnehmern trägt dieses System seit vielen Jahren. Vorschläge, den	
44	Arbeitgeberanteil einzufrieren, halten wir für sehr bedenklich. Mit dieser Änderung kippt das	
45	Prinzip der gesetzlichen Krankenversicherung. Arbeitgeber hätten künftig kein Interesse mehr an	
46	der Kostenentwicklung in diesem System, da nur die Arbeitnehmer dafür aufkommen müssten.	
47	Das hat neben der politischen Brisanz eine ganz direkte Konsequenz. Eine der größten und	
48	unkontrollierbarsten Kostenblöcke im Gesundheitswesen sind die Medikamentenpreise. Die	
49	Pharmalobby ist sehr stark. Bei einer „Herausnahme“ der Arbeitgeber aus der Verantwortung für	
50	die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem wird somit ein politisches Gewicht in dieser Debatte	
51	entfernt, was letztendlich die Pharmalobby stärkt und die Preissteigerung vorantreibt.	
52	Die Antwort der Bundesregierung auf zu erwartende Kostensteigerungen im System der	
53	gesetzlichen Krankenversicherungen ist eine „kleine Kopfpauschale“. Mehrkosten sollen künftig	
54	über einen pauschal festgelegten Arbeitnehmerbetrag abgedeckt werden. Somit werden wir	
55	Arbeitnehmer deutlich mehr belastet. Dies trifft in der Konsequenz vor allem Arbeitnehmer mit	
56	geringerem Einkommen überproportional und entlastet Großverdiener.	
57		
58	Im speziellen uns als junge Generation trifft dies extrem, da wir noch 40 oder mehr Jahre unter	
59	diesen Bedingungen arbeiten werden! Wir als Gewerkschaftsjugend halten diesen Einschnitt in	
60	das gesetzliche Krankenkassensystem für einen der größten sozialen Demontageaktionen,	
61	welche die Grundsäulen unseres Sozialstaats extrem beschädigen.	
62	Umso wichtiger ist es zu diesem Punkt in den Betrieben und auch in der Öffentlichkeit Gehör zu	
63	finden und auf die Problematik aufmerksam zu machen.	
64		
65	<u>Friedenspolitik</u>	
66		
67	Wehr- und Zivildienst	
68	Aus den historischen Erfahrungen heraus ist die IG Metall Jugend gegen die Umformung der	

69	Bundeswehr in eine Berufsarmee. Es darf keinen Beruf „Soldat/-in“ geben. Grundsätzlich wollen wir eine Welt, auf der keine Armeen zur Wahrung der Sicherheit mehr notwendig sind – und schon gar nicht für die Verteidigung nationalstaatlicher oder gar wirtschaftlicher Interessen.	
70		
71		
72		
73	Auslandseinsätze der Bundeswehr lehnen wir grundsätzlich ab, es gibt keine Interessen, die das rechtfertigen.	
74		
75		
76	<u>Wirtschaftspolitik</u>	
77		
78	Die Krise war vor allem eine Krise der (Finanz-) Wirtschaft, die sich auf die Realwirtschaft übertragen hat. Der Kapitalismus hat sein Versprechen ewigen Wachstums und Wohlstands für alle nicht gehalten. Das neoliberale Märchen vom „Ende der Geschichte“ ist vorbei, jetzt muss ein grundlegender Kurswechsel vollzogen werden.	
79		
80		
81		
82		
83	Die IG Metall Jugend fordert konkret:	
84		
85	<ul style="list-style-type: none">• Auf lange Sicht die Überwindung des Kapitalismus und die Ausweitung der Demokratie in alle Lebensbereiche.	
86		
87		
88	<ul style="list-style-type: none">• Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer, die jeglichen Profit aus Wertpapier-, Options-, Devisen- oder Termingeschäften mit einer nennenswerten Abgabe belastet, um das ungehinderte Zocken auf den Börsen der Welt zu unterbinden. Kapital soll dahin fließen, wo es zum Wohl der Gesellschaft wertschöpfend eingesetzt wird.	
89		
90		
91		
92		
93	<ul style="list-style-type: none">• Eine Bankenabgabe, um die vielen Milliarden, die in die Bankenrettung geflossen sind, gegen zu finanzieren und ein Sicherheitspolster für kommende Turbulenzen und Krisen zu schaffen.	
94		
95		
96		
97		
98	<ul style="list-style-type: none">• Die Finanzmärkte müssen global reguliert werden. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Finanzinstitute sind nicht ausreichend. Gewinne und Verluste müssen nachverfolgbar und die Verschiebung von Kapital kontrollierbar werden.	
99		
100		
101		
102	<ul style="list-style-type: none">• Banken und Unternehmen, die mit Hilfe des Staates und dem Geld der Bürgerinnen und Bürger gerettet wurden, müssen unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden. Die	
103		

104	Sozialpflichtigkeit des Eigentums aus dem Grundgesetz (Eigentum ist dem Allgemeinwohl verpflichtet) kann so sichergestellt werden.	
105		
106		
107	<ul style="list-style-type: none"> • Eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik. Dazu gehört die Rücknahme der schwarzen Vergünstigungen für ausgewählte Wirtschaftsbranchen genauso wie eine Erhöhung von Unternehmenssteuern, die Anpassung der Einkommenssteuer (Anhebung des Spitzensteuersatzes, geringere Belastung für niedrige Einkommen), die (Wieder-) Einführung der verschiedenen Vermögenssteuern (Vermögensabgabe, Erbschaftsteuer) und den Ausbau der verschiedenen Steuern auf Gewinne und sonstige Kapitalerträge. Die Mehrwertsteuer ist dagegen zu senken, denn sie wird überproportional von den einkommensschwächeren Haushalten getragen. 	
108		
109		
110		
111		
112		
113		
114		
115		
116	<u>Beschäftigungspolitik</u>	
117		
118	Die beiden größten Herausforderungen der Beschäftigungspolitik liegen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Diskussionen, die beide Herausforderungen gegeneinander ausspielen wollen, lehnen wir ab. Unsere Forderung ist die nach Vollbeschäftigung in sicheren Verhältnissen. Wir dürfen nicht zulassen, dass immer mehr befristete Jobs und Arbeitsplätze für so genannte gering Qualifizierte geschaffen werden, die keine Lebensperspektive und -planung ermöglichen. Vor allem die junge Generation – unsere Generation – ist davon betroffen und muss mit den Folgen leben.	
119	Wir fordern die IG Metall auf, folgende Punkte in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu regeln und bei den Regierungen auf eine gesetzliche Regelung hinzuwirken:	
120		
121		
122		
123		
124		
125		
126		
127		
128	<ul style="list-style-type: none"> • Einschränkung von Befristungen und ein Verbot von Kettenarbeitsverträgen, das auch durchgesetzt wird. 	
129		
130	<ul style="list-style-type: none"> • Regelung der unbefristeten, wohnortnahen Übernahme im erlernten Beruf, die frühestens nach den Anwartschaftszeiten des SGB III (§ 123 Ziffer 1, derzeit 12 Monate) kündbar ist. 	
131		
132	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der derzeitigen Form der Leiharbeit in den Betrieben. Bis dahin muss gelten, dass Leiharbeiter mindestens gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen und die gleichen Arbeitsbedingungen haben. Anzustreben ist ein Modell, in dem Leiharbeiter/-innen hohe Zuschläge für ihre Bereitschaft zur Flexibilität gezahlt werden müssen. 	
133		
134		
135		
136		
137		
138	<ul style="list-style-type: none"> • Regulierung von Praktika. Praktika dienen der Berufsorientierung und sind keine Billigst- 	

139 Jobs. Voll ausgebildete Hochschulabsolventen/-innen dürfen nicht als Praktikanten/-innen
140 eingestellt, sondern müssen regulär beschäftigt werden. Erwerbsbiografien, die sich aus
141 unter- oder nicht bezahlten Praktika patchworken müssen bekämpft werden. Praktika zur
142 Berufsorientierung und während eines Hochschulstudiums sind mit den gültigen Entgelten
143 für Azubis zu vergüten. Es gibt keine Arbeitskraft „for free“.

- 144 • Die gesetzlich zulässige Arbeitszeit muss auf 48h/Woche reduziert werden, wie es bereits
145 gesetzlich geregelt war. Das schafft gesellschaftlich notwendige Spielräume, um prekär
146 oder nicht Beschäftigten die Rückkehr ins reguläre Arbeitsleben zu ermöglichen. Die
147 entsprechende Richtlinie der EU, die eine Erweiterung auf bis zu 60h/Woche vorsieht, ist
148 abzuschaffen.
- 149 • die IG Metall fordern wir auf allen Ebenen auf, aus den gleichen Gründen darauf
150 hinzuwirken, dass die 35-Stunden Woche (wieder) angewendet wird.

151 **Antifaschismus**

152 Die IG Metall Jugend stellt sich gegen die Ideologie des Faschismus und somit gegen jede
153 Ideologie der Ungleichheit oder Ungleichwertigkeit. Wir lehnen alle Formen der Diskriminierung,
154 insbesondere Rassismus, Sexismus, Nationalismus und Chauvinismus ab und setzen dem
155 solidarischen und demokratischen Handeln und Denken entgegen.

156 Rassismen gibt es nicht erst seit der Gründung der NSDAP sondern seit Menschengedenken.
157 Rassenunterschiede, reines oder unreines Blut, Barbaren oder Wilde, von der Natur vorgegebene
158 Stärken und/oder Schwächen, sowie die Verschiedenheit der Hautpigmentierung sind alles
159 Rassismen, die immer einen Teil der Menschen zu mehr Macht und den anderen zu deren
160 Untergebenen macht.
161 Rechtes Gedankengut ist in unserer Gesellschaft tief verankert und breitet sich bei
162 Gewerkschaftsmitgliedern weiter aus.

163 Wir fordern die IG Metall auf, ausreichend Mittel zur Bekämpfung von Faschismus und jeglicher
164 Art der Diskriminierung, vor allem im Betrieb und für die Bildungsarbeit, zur Verfügung zu stellen.

165 **Protest gegen Nazis**

166 Die IG Metall Jugend schließt sich aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre dem
167 Aktionskonsens an, zivilen Ungehorsam gegen Naziaufmärsche zu leisten, etwa in Form von
168 Blockaden. Zum Beispiel in Dresden und anderswo haben wir erkannt, dass mit Lichterketten weit
169

174 entfernt vom Kundgebungsort der Rechtsradikalen deren menschenverachtende Propaganda
175 nicht zu bekämpfen ist. Von uns wird dabei auch in Zukunft keine Eskalation ausgehen. Unsere
176 Massenblockaden sind Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel
177 teilen, Naziaufmärsche zu verhindern. So wird jedem Versuch einer Spaltung über die
178 Gewaltfrage von vornherein der Boden entzogen. Der Aktionskonsens hat sich als ein Schlüssel
179 für die vergangenen Erfolge erwiesen: Er macht die geplanten Blockaden transparent und
180 kalkulierbar – auch für Menschen mit wenig Erfahrung mit der Staatsgewalt oder solchen, die zu
181 unübersichtlichen Konfrontationen mit der Polizei neigen.

182
183 **Extremismus**

184 Der in letzter Zeit so inflationär gebrauchte Begriff des Extremismus hat sich zu einer gängigen
185 Formel für alles entwickelt was nicht der Mitte der Gesellschaft zugerechnet und politisch
186 ausgegrenzt werden soll.

187
188 Bisher ging es bei der Verwendung des Extremismusbegriffs vordergründig um wissenschaftliche
189 Erhebungen zum Thema Rechtsextremismus. Dabei geht es zum Beispiel um Zustimmung oder
190 Ablehnung bei Abfragen zu den Themenfeldern Rassismus, Nationalsozialismus, Diktatur und
191 weiteren in wissenschaftlichen Studien. Rechtsextremismus stellt hier einen Arbeits-/
192 Sammelbegriff für gesellschaftliche Erscheinungsformen die als menschenverachtend und
193 antidemokratisch gelten dar. An dieser Stelle wird klar, dass es um Phänomene geht die mitten in
194 der Gesellschaft verwurzelt sind.

195
196 Der von der schwarz-gelben Regierung aus der Taufe gehobene sogenannte Vorwurf des
197 Linksextremismus, gern angewandt zum Beispiel bei Blockaden gegen Atommülltransporte oder
198 bei kapitalismuskritischen Demonstrationen hat nicht nur keine wissenschaftliche Grundlage,
199 sondern stellt auch eine Gefahr für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit
200 Rechtsextremismus dar. Hier geschieht zweierlei. Einerseits werden gesellschaftskritische
201 Strömungen mit Rechtsextremismus gleichgesetzt, was diesen relativiert und verharmlost,
202 andererseits wird Rechtsextremismus hierbei als Randgruppenphänomen dargestellt. Dabei
203 werden dementsprechend seine Ursachen verkannt und eine Auseinandersetzung mit dem
204 Problem unmöglich gemacht.

205
206 Gerade bei der Fördermittelvergabe tritt darüber hinaus der Charakter eines politischen
207 Kampfbegriffs zu tage. Auch hier ist die Gleichsetzung von sogenanntem Rechts- und
208 Linksextremismus völliger Unsinn. Es macht zwar Sinn, zivilgesellschaftliche Initiativen gegen

209 Rechtsextremismus zu fördern, gerade weil rechte Ideologien ein gesellschaftliches Problem sind,
210 allerdings verkommt es zur Karikatur wenn die Zivilgesellschaft jetzt für Aktionen gegen
211 Atomkraftgegner gefördert werden soll.

212

213 Ursprünglich war der Begriff Extremismus lediglich eine Arbeitskategorie der exekutiven Gewalt
214 und der Verfassungsschutzämter. Heute ist er ein politisch motivierter Kampfbegriff der die Kritik
215 an konservativer Politik diskreditieren soll. Der Extremismusansatz mit seinem rechts-links
216 Schema und den somit angenommenen festen Grenzen hinter denen hinter denen alles Übel der
217 Welt lauert dient offensichtlich dazu politische Kritiker öffentlich hinter diese Grenzen schubsen zu
218 können und ihnen als gebrandmarkte Kriminelle das Recht abzuspochen über gesellschaftliche
219 Probleme mit zu verhandeln.

220

221 Die politischen Ziele der extremen Rechten sind (nach eigenem Erklären) nationalistisch,
222 rassistisch, antisemitisch, sexistisch, autoritär und menschenverachtend und stellen eine Gefahr
223 für unsere Gesellschaft dar.

224 Absurd ist es jedoch Teile linker Weltanschauungen wie zum Beispiel eine antikapitalistische
225 Orientierung, ein sich einsetzen für gerechtere Reichumsverteilung oder ein Engagement gegen
226 Krieg als Ablehnung demokratischer Prinzipien zu deuten.

227

228 Der neue Extremismusbegriff entbehrt jeder politischen Analyse und ist eine gesellschaftliche
229 Auseinandersetzung untauglich.

230

231 **Internationale Gewerkschaftsjugendarbeit**

232

233 Die Abschaffung der Lohnkonkurrenz über gemeinsam ausgehandelte Verträge ist das Wesen
234 von Gewerkschaften. In immer stärkeren Maß darf dieser Anspruch aber nicht an
235 nationalstaatlichen Grenzen halt machen, denn das Kapital und vor allem trans- und
236 multinationale Konzerne agieren global und versuchen Arbeitnehmer/-innen in den
237 Nationalstaaten gegeneinander auszuspielen. Um auf Augenhöhe verhandeln zu können, müssen
238 wir uns international öffnen und unsere Strategien und Maßnahmen mit den Gewerkschaften
239 anderer Länder abstimmen.

240

241 Die erste Herausforderung, der sich jede/-r stellen muss, der international handeln will, ist die
242 Aneignung von interkultureller Kompetenz. Dazu gehört nicht nur, sich verständlich machen zu
243 können, sondern vielmehr eine Vielzahl an Verhaltensmustern und Deutungen zu lernen. Für die

244	Aneignung interkultureller Kompetenz müssen auch internationale Begegnungen organisiert	
245	werden – in Form von Austausch-Seminaren, Brigaden und internationalen Konferenzen. Die IG	
246	Metall wird daher aufgefordert, alle notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine	
247	erfolgreiche internationale Gewerkschaftsjugendarbeit zu ermöglichen.	
248		
249	Die Möglichkeit der Mittelakquise für die internationale Arbeit ist stärker als bisher auszuloten.	
250	Dafür müssen entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden.	
251		
252	Um internationale Solidarität zu erleben ist die Teilnahme an internationalen Protesten wie zum	
253	Beispiel den Demonstrationen zum G8-Gipfel, das Europäische Sozialforum ESF oder das	
254	Weltsozialforum WSF und andere extrem wichtig. Deshalb müssen die notwendigen finanziellen	
255	Mittel und personellen Ressourcen dafür bereitgestellt werden.	